

Vortrag von Herrn Dr. Thomas Köster, Geschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags anlässlich der Basel II-Konferenz am 25. Februar 2005 in Frankfurt zum Thema:

Kapitalversorgung im Mittelstand - ein unlösbares Problem?

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen ist seit einer Reihe von Jahren notleidend. Jeder Einzelhändler, jeder Zulieferer, das gesamte Bau- und Ausbaugewerbe, um nur diese eine Branche zu nennen, die für viele andere steht, würden diese These unterschreiben. Ich könnte Ihnen hier eine 30-seitige Fallsammlung vorstellen, die von Unternehmen berichtet, die sozusagen "alles richtig gemacht" haben, gute Ergebnisse im Branchendurchschnitt erzielen und trotzdem schwer um ihr Überleben zu kämpfen haben.

Die gleichen Muster kehren immer wieder: Liquiditätsengpässe wegen Forderungsausfällen führen statt zur Ausweitung zur Kündigung des Kontokorrentrahmens; Gründer haben es zunehmend schwer, überhaupt ein Kreditinstitut für die Finanzierung ihres Vorhabens zu finden. Banken zeigen sich nachdrücklich uninteressiert an der Zusammenarbeit mit ganzen Branchen, die sich in eine Art Kollektivhaft genommen fühlen. Die Erwartungen an Eigenkapital und Sicherheiten sind in unbekannte Höhen geschraubt worden.

Nachdem eine Reihe von Jahren bestritten worden ist, dass es eine "Kreditklemme" gibt, streitet man jetzt über die Ursachen dieser Entwicklung.

Eine These lautet, kleine und mittlere Unternehmen würden weniger Kredite nachfragen, weil sie rezessionsbedingt weniger investieren. So kommentierte noch im vergangenen Herbst der Koordinator des Bereichs Middle Market bei der KPMG, Tammo Ordemann, die Ergebnisse einer unveröffentlichten KPMG-Mittelstandsumfrage mit den Worten: "Im Gegensatz zu den immer wieder geäußerten Befürchtungen kann von einer `Kreditverweigerung´ an den Mittelstand als Ursache des gesunkenen Kreditvolumens keine Rede sein. Die Umfrage deutet eher auf eine deutliche Nachfrageproblematik bei Krediten für kleine und mittlere

Unternehmen hin und weniger auf eine allgemeine Kreditverknappung durch die Banken. Die Stimmung bei den Unternehmen ist offenbar deutlich schlechter als die Lage."¹ – Diese Auffassung hört man öfter - auch von der Bundesbank, auch vom Sachverständigenrat.

Ihr muss allerdings widersprochen werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat im November des vergangenen Jahres die Ergebnisse einer Unternehmerbefragung veröffentlicht, die erstmals auf breiter empirischer Grundlage belegt, dass bei der Ablehnung von Investitionskrediten an Mittelständler die veränderte Geschäftspolitik der Kreditinstitute eine entscheidende Rolle spielt. Zwar bilden unzureichende Sicherheiten mit 60 Prozent den Hauptgrund für ein abschlägiges Kreditersuchen. Gleich dahinter aber rangiert die veränderte Geschäftspolitik. Fast die Hälfte, nämlich 45 Prozent der Kreditersuchen investitionsbereiter Mittelständler wurden aus diesem Grund abgelehnt. Und auch das überrascht: Unzureichende Bonität folgt mit deutlich geringerem Abstand von 31 Prozent erst auf Platz 3 der Ablehnungsgründe. Der drastische Rückgang der Kreditvergaben an investitionswillige mittelständische Unternehmer ist also nicht nur mit einem rezessionsbedingten Nachfragerückgang und dem durch die Insolvenzwelle verursachten hohen Wertberichtigungsbedarf der Kreditinstitute zu erklären. Das ist nur die halbe Wahrheit. Wenn beinahe die Hälfte der Kreditnachfragen mit dem Argument einer veränderten Geschäftspolitik abgelehnt werden, dann ist das - ich zitiere die KfW - " ein Indiz für eine nicht ausreichende Kreditversorgung (Kreditrationierung) zumindest für bestimmte Bereiche des Mittelstands".²

Ohne Finanzierung keine Investitionen. Allein im Jahr 2003 sank die Zahl der mittelständischen Unternehmen, die investierten, um 250.000. Das sind 15 Prozent weniger als im Vorjahr.³ Der konjunkturbedingte Nachfragerückgang erklärt diesen drastischen Einbruch nur partiell. Ein weiterer wesentlicher Grund liegt nach Meinung der KfW in den Schwierigkeiten, die mittelständische Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Investitionen haben: 59 Prozent aller Kreditverhandlungen

¹ KPMG-Mittelstandsumfrage - Keine Kreditverweigerung zu beobachten. Quelle: Internet: Mittelstand.info

² KfW-Mittelstandspannel 2004. Repräsentative Analyse zu Investitionen und Beschäftigungseffekten kleiner und mittlerer Unternehmen, Kurzfassung, Frankfurt a.M., November 2004, S.4

³ vgl. KfW-Mittelstandspannel 2004. Repräsentative Analyse zu Investitionen und Beschäftigungseffekten kleiner und mittlerer Unternehmen, Kurzfassung, Frankfurt a.M., November 2004, S.3

investitionsbereiter mittelständischer Unternehmen scheitert - sei es weil die Banken ihnen von vornherein den Kredit verweigert oder aber aus Sicht der Unternehmer unakzeptable Konditionen verlangen. "Erschütternd" nennt die Kreditanstalt für Wiederaufbau dieses Ergebnis ihrer im November des vergangenen Jahres veröffentlichten Unternehmerumfrage.⁴ Für 2004 dürften die Zahlen wohl noch schlechter ausfallen.

Der Ifo-Forscher Gernot Nerb schätzt das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft verteilt auf mehrere Jahre auf bis zu 5 Prozent, wenn der Kapitalhunger der kleinen und mittleren Betriebe gestillt würde.⁵ Von daher ist die Finanzierungsfrage nicht nur eine Überlebensfrage für den Mittelstand, sondern eine Frage, die uns alle angeht: beschäftigungspolitisch, wachstumspolitisch, sozialpolitisch, ausbildungspolitisch und im übrigen auch gesellschaftspolitisch.

Ich unterstelle den Kreditinstituten nicht, sie verhielten sich irrational, wenn sie nach einer Phase der Expansion und der reichlichen Kreditvergabe nun prozyklisch reagieren und Kredite restriktiver vergeben. Obwohl - in Klammern bemerkt - ein Schuss Voluntarismus dem Bankenverhalten in den letzten Jahren beigemischt war.

Laut FAZ " klagen schon die ersten Firmenvorstände in den Banken, dass sie auf hohen Darlehensbeträgen sitzen, für die sie keine Abnehmer finden. Viele Kreditinstitute haben heute zuviel Eigenkapital, das Kosten verursacht, wenn die Banken es nicht für die Vergabe von Darlehen einsetzen können."⁶ Wenn das so ist, dann ist dies die unausweichliche Konsequenz einer bedauerlichen Diskontinuität, eines beständigen Stop and Go im Verhalten der Banken, verbunden mit einem ausgeprägten Herdentrieb. Heute spricht man plötzlich wieder von der Bedeutung des Passivgeschäfts einer Bank, nachdem man es in Teilen des Kreditgewerbes vernachlässigt hatte, bis hin zum Versuch, es ganz los zu werden.

Trotzdem ist es sicherlich richtig, dass wir es mit einem Bündel von Ursachen zu tun haben, wenn wir über die Kreditklemme sprechen. Dazu gehören beispielsweise:

⁴ Presseerklärung der KfW zum KfW-Mittelstandspanel 2004

⁵ zit. nach Brost, M.: Kapital oder Konkurs. Neue Kreditregeln und knausrige Banken sorgen dafür, dass dem Mittelstand das Geld ausgeht, in: Die Zeit, Nr.36/2004

⁶ Hiller, Ch.v.: Kreditboykott mit Folgen. Die Banken brauchen den Mittelstand, FAZ v. 31.08.2004

- der hohe Wertberichtigungsbedarf der Kreditinstitute;
- die Strukturkrise im Kreditgewerbe;
- die überbordende Regulierungsdichte im Kreditgewerbe (Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft, MaK);
- die niedrige Eigenkapitalquote in Deutschland und die daraus folgende Abhängigkeit von der Fremdfinanzierung;
- die Auswirkungen der Diskussion um Basel II;
- die unterentwickelte Beteiligungskultur in Deutschland.

Die Krise der Unternehmensfinanzierung überkreuzt sich mit dem außerordentlich schwierigen Marktumfeld vieler kleiner und mittlerer Unternehmer, verursacht durch die anhaltende Wachstumsschwäche, die Kaufzurückhaltung der Endverbraucher, den dramatischen Zerfall der öffentlichen Investitionstätigkeit, insbesondere wegen der seit Jahren ausbleibenden Reform der Gemeindefinanzen und dem Zustand der Staatsfinanzen insgesamt.

Ich möchte meine Analyse der Situation der Unternehmensfinanzierung in folgender Eingangsthese kurz zusammenfassen: Das deutsche Kreditgewerbe reagiert auf seine seit Jahren andauernde Strukturschwäche mit einer Eindämmung des Wettbewerbs durch Stärkung der Bankenaufsicht auf der einen Seite und dem Versuch, Kapazitäten stillzulegen auf der anderen Seite. Dabei trifft es auf eine Unternehmenskultur in Deutschland, in der die Eigenfinanzierung gegenüber der Fremdfinanzierung geradezu eine zu vernachlässigende Bedeutung hat. Die Wirtschaftspolitik unseres Landes reagiert auf diese a-synchrone Entwicklung bisher nicht. Daraus folgt in Verbindung mit anderen negativen Einflussfaktoren (Staatsverschuldung, Lohnzusatzkosten, Bildungssystem usw.) eine gefährliche Abwärtsspirale.

Basel II wird - wenn es wie vorgesehen für alle Kreditinstitute verbindlich wird - diesen Abwärtstrend sogar noch verstärken. Denn Basel II wird unstrittig prozyklische Wirkung entfalten. Die verstärkte Zentralisierung und Stärkung der bürokratischen Ebenen wird einen noch stärkeren Konformismus in der Geschäftspolitik der

Kreditinstitute erzeugen. Konjunkturelle Krisensituationen werden sich damit noch schwieriger überwinden lassen.

Wenn das aber so ist, dann muss man fragen, was die Banken dazu bewegt, auf eine gesetzliche Allgemeinverbindlichkeit von Basel II zu drängen. Dazu muss man sich die deutsche Bankenlandschaft einmal etwas genauer ansehen.

Der gesamte Bankenapparat schiebt seit mindestens zehn Jahren Strukturprobleme vor sich her. Die enormen Rationalisierungsgewinne in der gewerblichen Wirtschaft, an denen vor allem auch der gewerbliche Mittelstand beteiligt war, wurden von den Kreditinstituten über ein ganzes Jahrzehnt nicht nachvollzogen. Geblendet von der New Economy und neuen Geschäftsfeldern wie Mergers and Acquisitions im Investment Banking haben die Banken viel zu lange einer Gewinn- und Wachstumseuphorie gehuldigt und den Zug der Zeit verschlafen. Nun, da die Euphorie verflogen ist, folgt Katzenjammer. Kosteneinsparungen, Fusionen, Entlassungen in bislang bei den Banken ungekanntem Ausmaß, Rückzug aus der Fläche sind die bitteren Pillen, die jetzt geschluckt werden müssen.

Das Kreditgewerbe reagiert auf seine Strukturschwäche aber auch mit dem Versuch Wettbewerb einzudämmen. Ein Instrument, dessen man sich dabei bedient, ist die flächendeckende Einführung von Basel II.

Schon seit einigen Jahren wird das Kreditgewerbe von einer Regulierungsflut heimgesucht, die ihresgleichen sucht (Mindeststandards für das Kreditgeschäft, Marktmissbrauchsrichtlinie, Verbraucherkreditrichtlinie, Wertpapierdienstleistungsrichtlinie, Transparenzrichtlinie usw.). Die Umsetzung dieser Vorhaben führen zu einer deutlichen Erhöhung des bürokratischen Aufwands, der durch Basel II noch massiv verstärkt wird und strukturpolitisch nicht ohne Konsequenzen bleiben wird.

Der bürokratische Aufwand "lohnt" sich desto eher, je größer ein Kreditinstitut ist. Die Tendenz zur Bildung größerer Einheiten wird also durch Basel II deutlich verstärkt. Die Besonderheit des deutschen Kreditgewerbes, nämlich seine stark dezentrale Struktur, wird mit den durch Basel II verursachten enormen zusätzlichen

Bürokratiekosten letztlich "aufgebrochen". Der Nachdruck, mit dem die deutsche Kreditwirtschaft auf eine durch Gesetz erzwungene Allgemeinverbindlichkeit des Basel II-Regelwerks für jedes, wie auch immer geartete Kreditinstitut Wert legt, deutet daher auf den Versuch, das angelsächsische Modell, in dem nur einige wenige große, aber profitable Banken das Feld beherrschen, auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen.

Dabei drängt sich ein weiterer Gedanke auf: Die Art, wie Basel II nach den Vorstellungen des deutschen Kreditgewerbes umgesetzt werden soll und der Nachdruck, mit dem eine allgemein verbindliche gesetzliche Regelung eingefordert wird, ähnelt sehr stark dem Versuch, durch Festlegen wichtiger Aktionsparameter und durch Verabredung von gemeinsamen Kalkulationsgrundsätzen ein Konditionenkartell zu errichten. Es ist die kaum bestrittene Erwartung an Basel II, die als unbefriedigend empfundenen Zinsmargen aufzubessern. Niemand muss zur Kartellbildung selbst schreiten, wenn man sich der Vorgaben des Baseler Regelwerkes und vor allem der ständigen intensiven Überwachung durch die staatliche Finanzaufsicht bedienen kann. „Außenseiter“ werden von ihr zuverlässig eingefangen. Die Kreditaufsicht gerät damit in die Situation, mit einem erheblichen personellen und finanziellen Aufwand zum Instrument von Abstimmungsmechanismen zwischen den Banken zur Durchsetzung und Stabilisierung höherer Zinsspannen werden. Basel II führt zu einer – aus ordnungspolitischer Sicht – gefährlichen Dominanz staatlicher Aufsichts-Institutionen im Banken-Sektor. Gefährlich deswegen, weil es nicht die Aufgabe des Staates ist, mit einem gesetzlich verbindlichen Basel II-Regelwerk den Banken zu höheren Zinsmargen zu verhelfen und damit in das Marktgeschehen einzugreifen. Diese Rolle ist mit der Funktion des Staates als Wettbewerbshüter (und nicht etwa als Wettbewerbsbeschränker) im System der Sozialen Marktwirtschaft unverträglich.

Mit dem Versuch, das angelsächsische Modell auf Deutschland zu übertragen, steht die deutsche Finanzierungskultur vor einem gravierenden Umbruch. Denn im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern, wo Unternehmen sich zu einem sehr hohen Anteil selbst finanzieren, besteht in Deutschland - wie im übrigen auch in Österreich - eine Kultur der Fremdfinanzierung. Die Wurzeln dieser Kultur der Fremdfinanzierung reichen mit der Entwicklung des Genossen- und Sparkassenwesens weit in das 19. Jahrhundert hinein. Dieses System hat der

volkswirtschaftlichen Entwicklung keineswegs zum Schaden gereicht, ganz im Gegenteil: Ohne die Genossenschaftsbanken, die als Selbsthilfeorganisationen Kleingewerbebetrieben erstmals Kredite zu akzeptablen Konditionen boten, wo sie vorher an Wucherer Zinsen bis zu 60% "abdrücken" mussten, wäre die Integration der Kleingewerbebetriebe in die aufblühende Verkehrswirtschaft und die wirtschaftliche Prosperität nicht möglich gewesen. Ohne die Fremdfinanzierung vor allem durch die Sparkassen hätte es kein deutsches Wirtschaftswunder nach dem 2. Weltkrieg gegeben.

Sparkassen als Finanzinstitute in kommunaler Trägerschaft sind neben den Volksbanken die wichtigsten Finanzpartner des Handwerks.

Die Kapital- und Kreditverknappung sind Eckpunkte der momentan schwierigen Situation des Mittelstandes. Den öffentlichen Kreditinstitute, die sicherlich auch ihrerseits schwieriger werdenden Rahmenbedingungen unterliegen, kann bescheinigt werden, dass sie ihrer strukturpolitischen Aufgabe gerade in diesen Zeiten gerecht werden. Überdies sind die Wettbewerbsverzerrungen der Vergangenheit beseitigt, wie ein Blick auf Nordrhein-Westfalen zeigt.

Das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen vom 02. Juli 2002 (GV NRW S. 284) enthält in Artikel 3 Änderungen des Sparkassengesetzes. Artikel 3 setzt die „Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung“ vom 17. Juli 2001 zwischen der Europäischen Kommission, der Bundesregierung, der Landesregierung sowie der Vertretung der Sparkassen-Finanzgruppe um, soweit darin die Sparkassen angesprochen sind.

Auch nach dem 19. Juli 2005 (Abschaffung von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast) sind die Sparkassen von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichtete rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts, an der sich nur stille Gesellschafter beteiligen können, wobei als stille Gesellschafter nur der Träger (Gemeinde) oder die beiden Sparkassen-Verbände in Frage kommen.

Eine erneute Änderung des Sparkassengesetzes ist weder von der Regierungskoalition noch von den Oppositionsparteien in NRW geplant. Auch von Seiten der EU-Kommission ist kein Handlungsbedarf erkennbar. Für Bund, Land und EU-Kommission gilt gleichermaßen, dass mit Umsetzung der „Verständigung“ die Hausaufgaben erledigt sind.

Auch wenn ein Handlungsbedarf zur erneuten Änderung der Sparkassengesetze nicht erkennbar ist, muss man dennoch darüber nachdenken, ob der Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung Handlungsbedarf erzeugen könnte.

Eine wichtige aktuelle und neutrale Aussage zu den vermutlichen Auswirkungen der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung kommt zu dem Schluss, dass sie „keine Störung der Schuldnerqualität“ zur Folge hat – so Moody's am 26.01.2004 anlässlich des Ratings der Sparkasse Aachen.

Das Rating der Sparkasse Aachen – Aa3 – belegt im übrigen, dass die Sparkassen keineswegs in einer schlechteren Position sind. Einige der für das gute Rating der Sparkasse Aachen maßgebenden Gründe sind im Gegenteil kennzeichnend für Sparkassen. Moody's nennt u.a. die dominierende Position im regionalen Markt für Retail-Kredite und die Finanzierung über die Spareinlagen ausdrücklich als Stärken.

Deshalb gibt es keinen Grund, die Sparkassen aus ihrer öffentlich-rechtlichen Rechtsform zu entlassen, sie für Beteiligungen und Übernahmen durch das private Bankgewerbe zu öffnen oder die Institutshaftung zu lockern.

Wenn die Diskussion um die Sparkasse trotzdem weitergeht, dann liegt das zweifellos am Wunsch der eine oder anderen Kommune, Kasse zu machen. Durch die Umwandlung der Sparkasse von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine AG würde die Trägerkommune auf einen Schlag "reich". Gerade in den heutigen Zeiten macht Kasse besonders sinnlich. Wenn aber irgendwo das Wort von der Verschleuderung des Tafelsilbers angebracht wäre, dann hier.

Uns wird in der Diskussion - zuletzt auch in einem Disput mit der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen - vorgeworfen, wir wären inkonsequent. Auf der einen Seite

würden wir uns für Privatisierung aussprechen, beispielsweise, wenn es um Gebäudereinigung geht, auf der anderen Seite würden wir uns für einen staatlichen Bankensektor stark machen.

Unsere Befürchtung ist aber, dass die Alternative derzeit nicht öffentliche oder private Kreditversorgung lautet, sondern öffentliche Kreditversorgung durch ein Bundesinstitut oder öffentliche Kreditversorgung durch die Sparkassen. Und hier steht das zwar öffentliche, aber immerhin dezentrale und damit nicht omnipotente Modell auf der kommunalen Ebene unseren Vorstellungen näher.

Begehrlichkeiten der privaten Großbanken in Richtung auf das Aktivgeschäft, etwa auf die Unternehmensfinanzierung, gar auf die Finanzierung von KMU's sind uns jedenfalls bisher nicht bekannt geworden. Damit liefe aber eine Privatisierung der Sparkassen auf eine Verstaatlichung der Unternehmensfinanzierung für mittelständische Betriebe hinaus, wahrscheinlich durch eine dann filialisierte KfW.

Die Kehrseite der in Deutschland traditionell verbreiteten Fremdfinanzierung ist eine entsprechend niedrige Eigenkapitalquote in den Unternehmen. Sie ist im internationalem Vergleich sehr gering. So brachten es deutsche mittelständische Industrie- und Handelsunternehmen Ende der neunziger Jahre im Schnitt auf eine Eigenkapitalquote von 18% der Bilanzsumme, während der Eigenmittelanteil zum Beispiel in Frankreich bei 33,4 und in den Niederlanden bei 36,6% lag. Spanische und amerikanische mittelständische Unternehmen können sogar einen Eigenmittelanteil von deutlich über 40% vorweisen.⁷ Auch wenn die Angaben aus den verschiedenen Quellen zur Eigenkapitalsituation nicht unmittelbar vergleichbar sind – je nach Zielgruppe und Ermittlung der Daten kommt es zu Abweichungen – eines ist eindeutig: Konjunkturbedingt weist die Tendenz insgesamt klar in Richtung eines weiteren Abbaus des Eigenkapitals im Mittelstand. Studien aus dem vergangenen Jahr zeigen, dass insgesamt 30% der deutschen Mittelständler mit einer Eigenkapitalquote von unter 10% wirtschaften und damit deutlich unterkapitalisiert sind. Bei kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern ist die Situation sogar noch bedrohlicher. Sie erreichen nur eine Eigenkapitalquote von

⁷ Quelle: Creditreform und idw

7,5%.⁸ Wenn bei noch kleineren Unternehmen die Eigenkapitalquote wieder steigt, ist das allerdings kein Ausweis für eine solide Finanzierung. Im Gegenteil: Es ist Indiz für die Tatsache, dass diese Unternehmen nur schwer an Fremdkapital herankommen, viele negative Erfahrungen mit Kreditinstituten gemacht haben und deshalb auf den Versuch, an Fremdkapital heranzukommen von vornherein verzichten – allerdings auch darauf, Wachstumschancen zu realisieren.

Die hohe Eigenkapitalquote im europäischen Ausland ist aber kein Kennzeichen von besonders gesunden Unternehmen, sondern nur dafür, dass diese Unternehmen schlicht keinen Zugang zu Fremdkapital haben. So kommentiert beispielsweise der Bericht der Europäischen Kommission zum "Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen" den Umstand, dass von den Unternehmen mit weniger als 7 Mio. Jahresumsatz in Italien über doppelt so viel Eigenkapital und in Spanien sogar über die dreifache Eigenkapitalquote im Vergleich zu deutschen Unternehmen verfügen⁹, mit dem Hinweis darauf, dass die Unternehmen in Ländern wie Deutschland und übrigens auch Österreich sich mehr auf leicht zu beschaffende Bankdarlehen stützen als auf Eigenkapital. Hohe Eigenkapitalquoten sind also eine Konsequenz der Tatsache, dass Fremdkapital als Option für die Unternehmensfinanzierung überhaupt nicht zur Verfügung. Sie sind also auch Ausdruck einer fundamentalen Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen, eines Marktversagens wegen zu hoher Informationskosten für zentralisierte Bankinstitute bei Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Betriebe; sie sind nicht etwa Zeichen eines leuchtenden Beispiels, dem es zu folgen gilt.

Allerdings gibt es auch noch andere Gründe für die Eigenkapitalschwäche von mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Das deutsche Steuersystem bestraft die Binnenfinanzierung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Fremdkapitalzinsen können als Kosten steuerlich voll geltend gemacht werden; kalkulatorische Zinsen auf das eingesetzte Eigenkapital nicht. Damit ist die Fremdfinanzierung steuerlich günstiger als die Hereinnahme eigenen Kapitals. Das Steuerrecht schafft den Anreiz, Gewinne aus dem Unternehmen herauszuziehen.

⁸ ebd.; WAZ v. 9. Juli 2004; Um das Eigenkapital ist es im Mittelstand schlecht bestellt. Deutsches Handwerksblatt v. 22.07.2004

⁹ Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen, Arbeitsdokument der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Oktober 2001, SEK(2001) 1667, S. 8

Weil die Steuerberater einen ganz besonderen Einfluss auf die Gewinnverwendung in den Unternehmen nehmen, lässt sich leicht erraten, wie die Unternehmensführungen beraten werden und welche Folgen die Steuervermeidungsstrategien für die Schwächung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen haben, mit allen Konsequenzen für das Ziel der langfristigen Unternehmenssicherung.

Als Zwischenresümee bleibt festzuhalten, dass wir in Deutschland mit der besprochenen Kultur einer soliden Fremdfinanzierung und vergleichsweise niedrigen Eigenkapitalquoten in der jüngeren Geschichte so schlecht nicht gefahren sind. Bei aller Bewunderung für die Errungenschaften eines entwickelteren Markts für Kapitalbeteiligungen und bei aller Hochachtung vor den höheren Eigenkapitalquoten britischer oder amerikanischer Unternehmen - eine stärkere Gründungsdynamik als – wenn man einen Zeitlängsschnittvergleich der letzten Jahrzehnte vornimmt - Deutschland haben diese Länder nicht zu verzeichnen gehabt. Wenn Existenzgründer in Deutschland auf langfristige Kredite zurückgreifen und sie auf diese Weise suboptimale Betriebsgrößen vermeiden konnten, dann können sich diese Finanzierungsbedingungen zweifellos mit der in anderen Ländern stärker ausgeprägten Kultur der Beteiligungsfinanzierung messen.

Die Frage muss also wohl erlaubt sein, was denn daran so furchtbar ist, wenn die deutsche und übrigens auch die österreichische Wirtschaft, bzw. der sie tragende Mittelstand sich zu einem vergleichsweise größeren Anteil über Bankkredite finanziert als dies etwa in den angelsächsischen Ländern üblich ist.

Trotzdem stülpt man das angelsächsische Finanzierungsmodell via Brüssel Deutschland über. Und damit wird die geschilderte Neigung zur Fremdfinanzierung und die besondere Eigenkapitalschwäche nun allerdings zu einem gravierenden Nachteil für den deutschen Mittelstand. Gingen bei der Risikoabschätzung einer Kreditvergabe früher durch die enge Anbindung an eine bestimmte Hausbank und den oft über lange Jahre gewachsenen persönlichen Kontakt zum Kundenberater die sog. "weichen Faktoren" in die Bewertung mit ein, so stellt Basel II nun vorrangig auf die "harten" Risikoindikatoren ab. Für das Rating des Unternehmens wird die Eigenkapitalquote der letzte ausschlaggebende Faktor. Die Befürchtung, dass

kleinen und mittleren Unternehmen eine schlechte Bonitätseinstufung mit unweigerlich höheren Kreditzinsen droht, oder dass sie gar ganz durch den "Ratingrost" fallen, ist deshalb sehr real. Wer Basel II will, kommt deshalb um eine Unternehmenssteuerreform nicht herum, wenn die Wirtschaftsstruktur in Deutschland nicht nachhaltig betätigt werden soll.

Im übrigen mündet auch jede Analyse des Insolvenzgeschehens in der Feststellung, dass die zu schmale Eigenkapitaldecke eine der wichtigsten Ursachen ist. Ebenso ist eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Basel II-Diskussion, dass sich Unternehmen bei den Kreditinstituten umso besser stehen werden, je besser ihre Eigenkapitalquote ist. Die Bildung von Eigenkapital - vor der Unternehmensgründung durch Sparen, nach der Unternehmensgründung durch Pflege des Eigenkapitals - ist unstrittig das Gebot der Stunde.

Diese Erkenntnis hat sich in der Steuerpolitik noch nicht durchgesetzt. Die zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene Steuerreform hat insbesondere bei Personengesellschaften noch nicht die nötigen Eigenkapitaleffekte erbracht. Und es darf bezweifelt werden, ob dies nun durch die zum 1. Januar 2005 (vorerst?) letzte Stufe der Steuerreform gelingt.

Deshalb ist der Gesetzgeber aufgerufen, für kleine und mittlere Unternehmen gezielte Maßnahmen zur Senkung der Steuerbelastung zur Stärkung des Eigenkapitals vorzunehmen. Ansätze sind u.a. im nordrhein-westfälischen Bündnis für Arbeit erarbeitet worden:

- Die Begünstigung nicht entnommener Gewinne würde für Personen-Unternehmen die Innenfinanzierung erheblich verbessern. Der österreichische Gesetzgeber hat jüngst für Gewinne bis zu 100.000 Euro eine begünstigte Besteuerung durch Gewährung des halben Durchschnittsteuersatzes eingeführt (§11a ÖEStG).
- Ähnliche Effekte würde eine steuerliche Begünstigung des Eigenkapitals bewirken. Unternehmen sollten im Rahmen des Betriebsausgabenabzug eine fiktive Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals in Höhe von zum Beispiel 4

Prozent geltend machen dürfen. Dadurch würden positive Anreize zur Bildung von Eigenkapital im Unternehmen geschaffen. Außerdem wäre dies ein wichtiger Schritt in Richtung Herstellung steuerlicher Rechtsformneutralität zwischen Kapital und Personengesellschaften.

- Zur Förderung der Bildung von Eigenkapital über Außenfinanzierung kommt in Betracht, individuelle Beteiligungen am Eigenkapital von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern. Dazu könnte beispielsweise gehören, Einnahmen aus einer typischen stillen Beteiligung in das Zinsabgeltungssteuergesetz einzubeziehen.
- Zur Förderung von Beteiligungen gehört es auch, die in § 17 EStG genannte Grenze, ab der eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft bei Ihrer Veräußerung zu Einkünften aus Gewerbebetrieb führt, deutlich zu erhöhen.
- Und schließlich wäre die Grenze für die "wesentliche Beteiligung" zu erhöhen. Das ist die unerlässliche Voraussetzung um überhaupt Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen mobilisieren zu können.

Geschehen ist bisher jedoch nichts. Wenn in Deutschland weiterhin alles beim Alten bleibt, geraten die mittelständischen Unternehmen gegenüber ihren europäischen Mitkonkurrenten ins Hintertreffen. Die katastrophalen Konsequenzen, die weitere Insolvenzen und Betriebsaufgaben für unsere gesamte Volkswirtschaft zur Folge hätte, brauche ich an dieser Stelle nicht weiter auszuführen. Aber ich möchte den Creditreform-Chef Helmut Rödl zitieren, der im vergangenen Sommer warnte: "Wenn wir die Eigenkapitalquote der Betriebe nicht steigern, haben wir bald nicht mehr 40.000 Insolvenzen im Jahr, sondern 80.000."¹⁰

Basel II wird nicht zur Stabilisierung unserer Volkswirtschaft beitragen. Denn eine größere Risikosensibilität und eine stärker differenzierende Behandlung von Risiken ist das eine, das andere allerdings ist die nach meiner Überzeugung trügerische Vermutung, man könne Risikogewichte so auf der Basis von ebenso umfassenden wie komplexen Modellen als einzig richtiges und wahres Abbild der wirklichen

¹⁰ zit. nach Brost, Kapital ohne Konkurs, a.a.O.

Risikosituation ableiten. „Solange keine theoretisch einwandfreie, in sich geschlossene und trotzdem in der Praxis anwendbare Formel für die Unterlegung von Kreditrisiken entwickelt wurde, solange wird sich die Diskussion um die Schieflagen und Defizite der Eigenkapitalunterlegung fortschreiben.“ (Priewasser / Fuhrmeister, S. 13). Ob die Konstruktion einer solchen Formel angesichts der Unvorhersehbarkeit zukünftiger Ereignisse überhaupt gelingen kann, steht dahin. Zunächst aber ist festzuhalten, dass es die einzig wahre Größe für die Unterlegung des Kreditrisikos nicht gibt. Und schon jetzt hält eine Autorengemeinschaft der London School of Economics dem Baseler Entwurf vor, dass qualitativ unzureichende Risikomessgrößen herangezogen werden, obwohl bessere zur Verfügung stünden (An Academic Response to Basel II, S. 11). Wenn in der Folge von Basel II die Finanzaufsicht von genau solchen vorgeblich richtigen Größen für jedes beliebige Kreditgeschäft in Europa ausgehen muss, ist dies ein Ausdruck von Hybris. „Eigentlich verbietet sich jede Anmaßung von Wissen über den angemessenen Preis des Risikos von Krediten.“ Darauf machte Hans-Helmut Kotz noch in seiner Funktion als Präsident der Landeszentralbank in Hannover aufmerksam (Hans-Helmut Kotz, Wenn Techniker politisieren - Viele Ungereimtheiten bei den Vereinbarungen von Basel / Finanzmarktrisiken, die nicht eintreten dürfen, Süddeutsche Zeitung, 27. Dez. 2001, S. 22). Und er ergänzt: „Die Befürworter Basel II reklamieren dieses Wissen ohne allzu viel Begründung für sich, was auch aus marktwirtschaftlicher Sicht problematisch ist.“ Die staatliche Finanzaufsicht erliegt der überzogenen Vorstellung von der Planbarkeit und Berechenbarkeit aller Wirtschaftsvorgänge in einer Wissensgesellschaft, die auf einem riesigen Informationsangebot und enorm leistungsfähigen Rechensystemen basiert, aber eben trotzdem wegen der prinzipiellen Unvoraussehbarkeit von Zukunft keine „Allwissenheitsgesellschaft“ wird und werden kann. Zukunft lässt sich nicht in Mathematik und Statistik auflösen. Wenn viele unterschiedliche Ratingsysteme um die besten Risikoabschätzungsverfahren konkurrieren, ist das nicht nur in Ordnung, sondern ausgesprochen hilfreich. Sobald sich aber der Staat über seine Finanzaufsicht da hineinmischt, ist der ordnungspolitische Rubikon überschritten. Friedrich August von Hayek hätte einen derartigen Ansatz mit dem Verdikt der „Wissensanmaßung“ gekennzeichnet.

Daran werden wohl auch Nachbesserungen im Basel II Regelwerk nur wenig ändern. Es ist dadurch keineswegs zur "Wohltat für den Mittelstand" (Jochen Sanio lt. FAZ v. 13.07.2002) geworden.

Die Sonderregelung für Kredite bis 1 Mio. Euro Kreditsumme bzw. zwischen 1 Mio. bis 5 Mio. Euro darf nicht den Blick darauf verstellen, wie sich Basel II vermutlich einzelbetrieblich auswirken wird. Die Auswirkung hängt jeweils davon ab, in welcher Ratingklasse sich ein Unternehmen wiederfinden wird. Ein neue empirische Untersuchung zu diesem Thema kommt zu dem Schluss, dass sich in den alten Bundesländern zwischen 40 und 50 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen schlechter stellen werden, in den neuen Bundesländern ca. 60 Prozent (Mecklenburg Vorpommern sogar 90 Prozent). Die Situation der Unternehmen wird sich also nicht etwa verbessern, sondern signifikant verschlechtern.¹¹

Die Behandlung von Unternehmenskrediten bis 1 Mio. Euro wie Konsumentenkredite mag Vorteile für die erforderliche Eigenkapitalhinterlegung haben; auf der anderen Seite wird es zu Schwierigkeiten kommen, wenn Unternehmenskredite nach dem für Konsumentenkredite üblichen Muster beurteilt werden. Der Konsumentenkredit ist abhängig von den Sicherheiten und dem dauerhaft erzielbaren Einkommen. Im Zeitablauf stark schwankende Einkommen, wie sie für Unternehmen typisch sind, werden zu Schwierigkeiten in der Kreditvergabe führen. Dies insbesondere für Existenzgründer, die keine Unternehmer-Historie nachweisen können. Es besteht die Gefahr, dass diese für die ständige Erneuerung der Wirtschaft so wichtige Gruppe im formalisierten Rating- oder Scoringverfahren auf der Strecke bleibt. Dies aber ist mit der vielzitierten "Kultur der Selbständigkeit" unvereinbar. Und es entspricht schon gar nicht den Prinzipien einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die Kapitalversorgung von Existenzgründern immer stärker staatlichen Förderbanken oder staatlichen Förderauflagen für vorhandene Geschäftsbanken zu überantworten. Aber genau dahin wird wohl die Reise gehen.

Im Rückblick auf die beiden letzten Jahrzehnte wird man die Existenzgründungen in Deutschland als überfinanziert bezeichnen können, weil es faktisch nur sehr wenige Gründer gab, für die keines der zahlreichen öffentlich geförderten Kreditprogramme

¹¹ Schwaiger, W.S.A: Basel II Impact Study, Wien, September 2004, S. 20 f.

in Frage kam. Von Seiten der politischen Entscheidungsträger wurde die Vorstellung gepflegt, dass keiner mit einer Gründungsidee an der nicht vorhandenen Finanzierung scheitern dürfte. Die Landesbanken und die bundeseigenen Förderbanken trieben die Finanzierung bis in Bereiche von ausgesprochenen Mikro-Vorhaben hinein, bei denen man von vornherein zweifeln konnte, ob es sich um tragfähige Existenzen handelt. Schließlich wurden Hausbanken teilweise aus der Haftung herausgenommen. Die Bindung der Programme an bestimmte Voraussetzungen wie zum Beispiel an ein aus eigenen Anstrengungen aufgebrachtes Eigenkapital, an ein bestimmtes Mindest-Investitionsvolumen, an eine Mindest-Zahl von Arbeitsplätzen wurden immer weiter aufgeweicht.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass sie auch bei manchen Gründern die Vorstellung verbreitete, die Finanzierung müsse gewissermaßen à la carte, von außen kommen. Förderansätze, die auf dem Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe basierten, wie beispielsweise die früher zahlreich vorhandenen Sparwerke, verschwanden mit der Zeit, da sie der Konkurrenz öffentlich subventionierter Programme nicht standhalten konnten.

Das Problem wird durch die überbordende Förderung insbesondere der Bundesagentur für Arbeit zugunsten solcher Existenzgründer, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig machen, noch verstärkt. Trotz ihrer andersartigen Zielsetzung stehen diese Zuschussprogramme in direkter Wechselwirkung mit dem Instrumentarium der öffentlichen Förderbanken, das sie im Idealfall ergänzen sollten, in der Praxis aber häufig genug nicht nur ersetzen, sondern sogar konterkarieren: Einerseits ist es für nicht wenige Gründer ein leichtes, ihre Förderung so zu gestalten, dass die Förderkriterien der Arbeitsagentur erfüllt werden und sie die Förderung "mitnehmen" können. Andererseits werden auch Gründungen kleinsten Umfangs mit auf Dauer geringen Marktchancen induziert.

Die Lage aller öffentlichen Haushalte und das absehbare Ende der Refinanzierungsmöglichkeiten über die Europäische Union werden die Förderbanken zwingen, hart auf die Bremse zu treten. Allerdings haben wir es mit Gründern zu tun, die in den letzten Jahren geschaffenen Anspruchshaltung verharren und – vor allen Dingen – mit stark beschädigten Selbsthilfeeinrichtungen.

Ich komme zum Schluss.

„Amerika, du hast es besser“, so möchte man ausrufen. Die amerikanische Politik käme nie auf die Idee, das Basel-II-Regelwerk – bekanntlich geschaffen für die international tätigen Banken, in USA ca. 37 – jedem Savings- and –Loan-Institut verbindlich vorzuschreiben. Genau das tun wir, obwohl es gute Gründe für die Annahme gibt, dass unser nationales, stark dezentral verfasste Kreditwesen, das im übrigen auch durchaus funktioniert, dadurch stark beschädigt wird. Wir tun das ohne jede wirtschaftspolitische Flankensicherung, die insbesondere in einer Unternehmenssteuer-Reform bestehen müsste, die einbehaltene Gewinne begünstigt.

Für wen tun wir das? Profitieren werden unmittelbar nur die mit der Finanzaufsicht befassten Behörden in Frankfurt und Brüssel sowie die mit der Kreditaufsicht befassten Verbände, wobei – in Klammern bemerkt – sich die potentiellen Profiteure noch um die Beute streiten.

Amerika, du hast es wirklich besser!